

Misstandsfeststellungen und Veranlassungen der Volksanwaltschaft 2023

Bundesverwaltung

Jänner

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Asyl – Dauer des Rechtsmittelverfahrens Anzahl der berechtigten Beschwerden: 9	Bundesverwaltungsgericht (BVwG)	Das BVwG verletzte die Entscheidungspflicht und setzte keine Schritte in den asylrechtlichen Beschwerdeverfahren bzw. im Zusammenhang mit einer Säumnisbeschwerde. Organisatorische Mängel und steigende Asylanträge stellen keine rechtlich relevante Rechtfertigung dar. Die VA regte an, die Verfahren rasch abzuschließen.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer Anzahl der berechtigten Beschwerden: 35	Wiener Landeshauptmann (LH) Magistratsabteilung (MA) 35	Die MA 35 setzte in der Regel keine durchgehenden Schritte bzw. ließ zwischen Verfahrensschritten lange Zeit verstreichen. Dadurch kam es zu Verzögerungen, wobei Personalknappheit, organisatorische Mängel und eine große Anzahl an Anträgen bei Aufenthaltstitelverfahren keine rechtlich relevanten Begründungen sind. Neben der gesetzlichen Entscheidungsfrist von grundsätzlich sechs Monaten ist für gewisse Aufenthaltstitel (Aufenthaltsbewilligung „Student“) eine kürzere Entscheidungsfrist von 90 Tagen vorgesehen. Die Fristen wurden in zahlreichen Fällen nicht eingehalten, was die VA kritisierte.
Asyl – Dauer des erstinstanzlichen Verfahrens Anzahl der berechtigten Beschwerden: 57	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	Das BFA verletzte die Entscheidungspflicht und setzte in Verfahren, in denen internationaler Schutz beantragt wurde, keine durchgehenden oder nur wenige Verfahrensschritte. Dadurch kam es zu Verzögerungen, wobei eine steigende Anzahl an Anträgen bzw. allfällige organisatorische Mängel keine ausreichende Rechtfertigung sind.
Klimabonus nicht erhalten Anzahl der berechtigten Beschwerden: 130	Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK)	Das BMK zahlte den Klimabonus (inklusive Teuerungsausgleich) entgegen den öffentlichen Zusagen bis Ende Oktober 2022 nicht aus.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Feststellung der unwirksamen Zustellung 2022-0.694.210 (VA/BD-I/C-1)	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	Das BFA, Regionaldirektion NÖ, erkannte mit Bescheid vom Mai 2022 einem Iraker den Status des subsidiär Schutzberechtigten ab. Da er der Meinung war, dass der Bescheid nicht korrekt zugestellt wurde, beantragte er einen Feststellungsbescheid über die unwirksame Zustellung des Aberkennungsbescheides. Aufgrund eines Versehens bearbeitete das BFA diesen Antrag nicht.
Untersuchungen eines Verwaltungsstrahfällings 2022-0.474.913 (VA/BD-I/C-1)	Bundesministerium für Inneres (BMI) Landespolizeidirektion (LPD) Wien	Im Zuge eines Prüfverfahrens über die 31-tägige Anhaltung eines Verwaltungsstrahfällings im PAZ Roßauer Lände räumte das BMI ein, dass nach der Aufnahmeuntersuchung des Häftlings entgegen den Vorgaben keine weiteren ärztlichen Untersuchungen im Abstand von 14 Tagen stattfanden. Da laut BMI die LPD Wien bereits eine elektronischen Terminverwaltung im PAZ veranlasst hat, die automatisch Untersuchungstermine im Intervall von zwei Wochen vorgibt, sah die VA den festgestellten Missstand als behoben an.
Verfahrensdauer 2022-0.796.044 (VA/BD-J/B-1)	Bundesverwaltungsgericht (BVwG)	Grundsätzlich sind Beschwerden am BVwG innerhalb von sechs Monaten zu entscheiden. Diese Frist wurde im gegenständlichen Fall bei weitem überschritten, nachdem nach 15 Monaten noch keine weitere Verfahrenshandlung gesetzt wurde.
Schimmelbefall in JA Wien-Favoriten 2022-0.841.013 (VA/BD-J/B-1)	Bundesministerium für Justiz (BMJ) Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H. (BIG)	Aufgrund eines Zuständigkeitskonflikts zwischen BMJ und BIG kam es zu keiner Sanierung eines von Schimmel befallenen Nassraumes für Bedienstete in der JA Wien-Favoriten. Nach Einschreiten der VA wurde nun die Sanierung Anfang 2023 in Aussicht gestellt.
Krankenversicherung –Lipödembehandlung 2022-0.819.408 (VA/BD-SV/A-1)	Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB)	Eine Frau leidet erheblich unter einem Lipödem. Die BVAEB lehnte die notwendig Liposuktion ohne genauere Prüfung und Berücksichtigung der vorliegenden Befunde einfach ab. Die VA erreichte, dass die notwendige Krankenbehandlung und der Kostenersatz in Höhe der tariflichen Kosten doch noch bewilligt wurden.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
<p>Familienbeihilfe – Befristung 2022-0.733.920 (VA/BD-JF/A-1)</p>	<p>Finanzamt (FA) Bundesministerium für Frauen, Familie, Integration und Medien (BMFFIM)</p>	<p>Das FA befristete die Familienbeihilfe für die beiden Kinder einer deutschen Staatsbürgerin, die seit 2012 in Österreich ihren Lebensmittelpunkt hat, ohne objektive Begründung. Die Kinder und der Vater sind österreichische Staatsbürger. Nach Einschreiten der VA wurde der Bezug der Familienbeihilfe bis zur Volljährigkeit der Kinder verlängert.</p>
<p>Einsicht in Betriebsanlagenakt 2023-0.005.416 (VA/BD-WA/C-1)</p>	<p>Bezirkshauptmannschaft (BH)Schärding</p>	<p>Ein Nachbar ersuchte im April 2022 bei der BH um Einsicht in die „Betriebs-erlaubnis“ einer Tankstelle. Im Trubel der vorrangig zu erfüllenden Krisen-stabsaufgaben im Rahmen der COVID-19-Pandemie dürfte der BH sein Schreiben untergegangen sein. Erst nach Urgenz vom Dezember 2022 wurde ihm die Einsichtnahme in umweltrelevante Daten der Tankstelle in Aussicht gestellt.</p>
<p>Kontrolle einer KFZ-Werkstätte 2022-0.575.218 (VA/BD-WA/C-1)</p>	<p>Magistrat Linz</p>	<p>Eine Anrainerin beschwerte sich im August 2022 über Lärm- und Geruchs-belästigungen durch eine KFZ-Werkstätte. Im Prüfverfahren stellte sich heraus, dass die Betriebsanlage zuletzt von Juli bis Mitte September 2021 kontrolliert wurde. Da die Gewerbebehörde trotz Anrainerbeschwerden seit September 2021 keine weiteren Kontrollen der Betriebsanlage durch-führte, beurteilte die VA die Beschwerde als berechtigt.</p>